

Frieden und Freiheit erfordern die Geschlossenheit von Bündnispartnern mit gleichen Wertvorstellungen – wie kann man diese Geschlossenheit erreichen?

Donald Trump ist ein aktuelles Paradebeispiel dafür, wie sich Bündnispartner entfremden oder sich sogar bewusst voneinander distanzieren können: Er zeigte wenig Respekt vor supranationalen Institutionen, missachtete internationale Abkommen und untergrub gemeinsame Werte – etwa durch seinen Versuch, über die Köpfe der Ukraine und der EU hinweg eine Friedenslösung für den Ukraine-Konflikt im Alleingang mit Russland auszuhandeln. So sehr manche noch einer nostalgischen Vorstellung eines geschlossenen transatlantischen Bündnisses anhängen, so ehrlich muss man aber feststellen: Trumps Politik markierte nicht den Beginn, sondern den Höhepunkt einer längerfristigen Entwicklung. Schon lange vor ihm missachteten die USA beispielsweise Urteile des Internationalen Gerichtshofs, obwohl sie öffentlich die Einheit des Bündnisses beteuerten.

Selbst Joe Biden, ein erklärter Befürworter transatlantischer Kooperation, hat protektionistische Elemente der US-Handelspolitik – insbesondere gegenüber der EU und China – fortgeführt, was auf eine parteiübergreifende Abkehr der USA von einem tiefen, geschlossenen Bündnis mit Europa hindeutet.

Auch wenn nicht viel für eine Rückkehr zur alten Stärke des Bündnisses spricht, brauchen wir dennoch sowohl in den USA wie in der EU eine offene gesellschaftliche Debatte darüber, wie sich Geschlossenheit im Interesse von Frieden und Freiheit wiederherstellen lässt. Denn auch wenn sich auf höchster politischer Ebene wenig bewegt, können Medien, Parteien und zivilgesellschaftliche Initiativen von unten den nötigen politischen Druck erzeugen, um ein Umdenken anzustoßen.

Zentraler Bestandteil einer solchen Debatte muss die ehrliche Auseinandersetzung mit den eigenen und insbesondere den gemeinsamen Wertvorstellungen der Bündnispartner sein. Nur auf dieser Grundlage kann echte Geschlossenheit entstehen. Diese erfordert Offenheit, Dialogbereitschaft und Transparenz im politischen Handeln. Wer die eigenen innenpolitischen Herausforderungen daher nicht verschweigt, sondern ehrlich kommuniziert, baut Vertrauen auf. Dieses Vertrauen ist die Grundlage dafür, dass man sich aufeinander verlassen kann – gerade in Zeiten gemeinsamer Krisen. Gemeinsames Handeln in internationalen Herausforderungen stärkt zudem nicht nur das Bündnis, sondern schafft auch sichtbare Erfolge, auf die man sich im Sinne gemeinsamer Identität berufen kann.

Solche Kooperationen fördern das notwendige Gefühl der Zusammengehörigkeit, was einen entscheidenden Anreiz für Bündnistreue bietet, wobei dieses Gefühl zusätzlich durch kulturelle und gesellschaftliche Vernetzung, etwa über Austauschprogramme oder zivilgesellschaftliche Kooperationen, intensiviert werden kann.

Die größte Herausforderung wird jedoch die Wiederherstellung der Legitimität supranationaler Institutionen sein. Akteure wie die USA haben Organisationen wie NATO und UN im Interesse nationaler Eigenständigkeit zunehmend geschwächt und delegitimiert. Doch gerade diese Institutionen sind essenziell, da sie den strukturellen Rahmen bieten, um gemeinsame Interessen zu bündeln, Strategien zu koordinieren und durch regelmäßige Abstimmungen den Zusammenhalt zu fördern.

Diese Vorschläge geben zwar Anlass zur Hoffnung, doch man darf die wachsenden nationalen Abschottungstendenzen und die zunehmende Individualisierung vieler Gesellschaften nicht ignorieren. Sie machen eine Rückkehr zu langfristigen, tief verwurzelten Bündnissen weniger wahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist die Entstehung mittelfristig stabiler Kooperationen, die sich auf konkrete, oft wirtschaftliche Interessen gründen – und so zumindest punktuell zur Wahrung von Frieden und Freiheit beitragen können.

Leon Curic